

Zentrale Polizeidirektion Justiziariat/Z 132

Polizei Bremen • Postfach 10 25 47 • 28025 Bremen Justiziariat/Z 132 Herrn Wolfgang Lange

Per E-Mail an: wolfgang.lange@nord-com.net



Auskunft erteilt: Herr Jager Zimmer: 1-13

T (04 21) 362 12055 F (04 21) 362 16439

E-Mail: Z13@Polizei.Bremen.de

Zeichen Ihres Schreibens:

Mein Zeichen: 311/23 (bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 11.12.2023

Ihr Schriftsatz vom 19.09.2023, Ihre E-Mail vom 28.09.2023

Sehr geehrter Herr Lange,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 28.09.2023 sowie Ihren Schriftsatz vom 19.09.2023. In diesen kritisieren Sie das Verhalten von Polizeivollzugsbeamt:innen der Polizei Bremen im Rahmen einer Demonstration.

Sie schildern, dass Sie am 15.09.2023 an einer Demonstration von "Fridays for Future" in Bremen teilgenommen und dort ein großes Plakat der Partei MLPD hochgehalten hätten. Mehrere Ordner hätten sodann versucht, Sie dazu zu bewegen, das Plakat oder sich selbst zu entfernen, da beschlossen worden sei, bei der Versammlung keine Parteien zuzulassen.

Als Sie der Aufforderung nicht nachgekommen seien, hätten die Ordner schließlich Polizeikräfte hinzugerufen, die Ihnen einen Platzverweis ausgesprochen hätten. Als Sie auch diesem keine Folge geleistet und auf Ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit beharrt hätten, habe man Sie unter Anwendung unmittelbaren Zwangs in eine Seitenstraße verbracht und Sie so von der Versammlung ausgeschlossen. Ferner habe man Sie darüber belehrt, dass ein Verstoß gegen den ausgesprochenen Platzverweis eine Ingewahrsamnahme durch die Polizei nach sich zöge.

Nach dem Eingang Ihrer Eingaben habe ich den Vorgang zunächst recherchiert und die betroffenen Polizist:innen zu dem Sachverhalt befragt.

Meine Mitarbeitenden berichten mir, dass sich während einer Kundgebung auf dem FREUNDLICH







Linie 4

Marktplatz im Rahmen der von Ihnen genannten Demonstration um ca. 12:15 Uhr die Versammlungsleitung an die vor Ort eingesetzten Kräfte gewandt und den Ausschluss Ihrer Person gewünscht habe. Weiter sei gemeldet worden, dass Sie im Besitz einer Flagge mit der Aufschrift "MLPD" seien. Weitere Angaben, insbesondere zu Ihrem Verhalten, seien nicht erfolgt. Im Zuge der Mitteilung des vorgenannten Sachverhalts seien sodann Polizeikräfte zum Ort des Geschehens ausgerückt.

Die eingesetzten Polizist:innen hätten Ihnen anfangs einen gesonderten Platz innerhalb der Versammlung zugewiesen, was jedoch letztlich von Ihnen abgelehnt worden sei. Daraufhin habe man einen Platzverweis ausgesprochen, infolgedessen Sie aus der Versammlung begleitet worden seien und sich danach eigenständig in Richtung Domsheide entfernt hätten.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass ich den genauen Ablauf der Auseinandersetzung vor Ort leider nicht abschließend rekonstruieren kann, da ich nicht dabei war. Gleichwohl stimme ich Ihrer Auffassung zu, dass Parteien und deren Anhänger:innen ein grundrechtlich geschütztes Recht darauf haben, sich an öffentlichen Versammlungen zu beteiligen und nur ausgeschlossen werden können, sofern sie diese gröblich stören.

Ich habe Ihre Beschwerde daher zum Anlass genommen, den von Ihnen geschilderten Sachverhalt intern aufzuarbeiten und den für die Durchführung der Versammlung zuständigen Abschnitt hinsichtlich der geltenden Rechtslage zu sensibilisieren. Ich bedaure, dass Ihnen die dargestellten Unannehmlichkeiten entstanden sind. Sollten Sie wider Erwarten eine gleichgelagerte Situation erleben, bitte ich Sie höflich, sich damit erneut an das hiesige Beschwerdemanagement zu wenden, damit Ihren Wahrnehmungen nachgegangen werden kann.

Mit freundlichem Gruß
In Vertretung

Mirko Robbers

Polizeivizepräsident